

Landesparteitag der Berliner SPD am 30. Juni 2007

Initiativantrag Nr. 1

(eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften)

Annahme

Der Landesparteitag möge beschliessen:

Keine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG

Die Berliner SPD lehnt eine vollständige oder teilweise Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG ab. Die Schieneninfrastruktur muss vollständig in öffentlichem Eigentum verbleiben.

Begündung:

Kernaufgabe der Deutschen Bahn ist es, eine breite, flächendeckende Verkehrsversorgung mit öffentlicher Mobilität in Deutschland sicherzustellen. Die Bahn erfüllt einen originär öffentlichen Dienstleistungsauftrag, der weder mit einer Ausrichtung als internationalem Logistikkonzern noch mit Renditeerwägungen des Kapitalmarkts in Einklang zu bringen ist. Die öffentliche Infrastrukturverantwortung gebietet, dass das natürliche Monopol des Netzes vollständig und unmittelbar in öffentlichem Eigentum und Verfügungsmacht bleiben muss.

Mit einer vollständigen oder teilweisen Privatisierung der Deutsche Bahn AG würde der Bund auf irreversibler Weise die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten verlieren. Die Bahn muss im Sinne ihrer Kernaufgabe neu ausgerichtet werden, ohne die den renditeorientierten Prämissen der internationalen Kapitalmärkte auszusetzen.

Eine organisatorisch neu ausgerichtete Deutschen Bahn AG, die auch weiterhin in einer vollständigen staatlichen Eigentümerschaft verbleibt, muss sich stärker als bislang der Erreichung der verkehrspolitischen Ziele in der Bundesrepublik widmen. Wir wollen mehr Verkehr auf die Schiene bringen und gleichzeitig eine nachhaltige Entlastung des Bundeshaushalts bewirken.